

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Posen auf der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei T. Streifand,
in Breslau bei Emil Rabast.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Mittwoch, 17. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Danne & Co.,
Hauptstadt & Vogler,
A. D. Hoffmann.
In Berlin, Dresden, Stettin
beim „Invalidendank“.

Nr. 40.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 46 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Am tliche s.

Berlin, 16. Jan. Der König hat den Direktor der Provinzial-
Anstalt zu Andernach, Geh. Mediz.-Rath Dr. Nasse zum Mit-
glied des Mediz.-Kolegiums der Rheinprovinz; und den ersten Se-
minarlehrer Postler zu Halberstadt zum Seminardirektor ernannt
und demselben das Direktorat an dem evang. Schullehrerseminar zu
Blotow verliehen.
Der hies. Lehrer an einer höheren Bürgerschule und kommiss.
Kreis-Schulinspektor Heinrich Joseph Schönbrod in Aachen ist zum
Kreis-Schulinspektor im Reg.-Bez. Aachen ernannt, die Berufung des
Oberlehrers Dr. Menge aus Holzminnen in eine Oberlehrerstelle am
Gymnasium zu Sangerhausen, sowie die Beförderung des ord. Leh-
rers Dr. v. Hagen zum Oberlehrer bei derselben Anstalt ist genehmigt,
am Gymnasium in Spandau die Beförderung des ord. Lehrers Dr.
Karl Benediger zum Oberlehrer genehmigt, der königl. Eisenbahn-
Bau- und Betriebs-Inspektor Wilhelm Stod in Ratibor ist zum
Mitglied der königl. Direktion der oberösterl. Eisenbahn ernannt und
demselben die Funktion des technischen Mitgliedes bei der königl.
Eisenbahn-Kommission zu Ratibor nunmehr definitiv übertragen, die
hies. kommiss. Fabriken-Inpektoren Dr. Süßengut in Magdeburg
und Dr. Wolf in Düsseldorf sind zu königl. Fabriken-Inpektoren er-
nannt und dem ersten die Fabriken-Inpektoren-Stelle für die Pro-
vinz Sachsen und dem letzteren diejenige für den Regierungsbezirk
Düsseldorf verliehen.

Vom Landtage.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 16. Januar, 11 Uhr. Am Ministertische Camphausen,
Achenbach, Friedenthal und mehrere Kommissarien.
Der Abg. Gadow (Kreisrichter) macht von seiner Ernennung
zum Kreisgerichtsrath Mitteilung und bittet eine Entscheidung dar-
über herbeizuführen, ob in Folge dessen sein Mandat erlöschen sei.
Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.
Bom Minister des Innern ist der Entwurf eines Gesetzes, betref-
fend die Verpflichtung zum Halten der Gesessammlung und des Amts-
blattes im Herzogthum Lauenburg eingegangen.
Der Präsident hat die Abgeordneten Häbler und Clauswitz zu
Quästoren ernannt.
Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme von Mi-
theilungen der Staatsregierung.
Finanzminister Camphausen: Das verflossene Jahr 1876
hat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Im März vor-
gen Jahres richtete ein gewaltiger Orkan, der das Land von der
weithin bis zur östlichen Grenze durchzog, gewaltige Verwüstungen
in den Forsten an; die Verheerungen waren am Größten in der
Rheinprovinz, in der Provinz Hessen-Nassau und in der Provinz
Sachsen, wo namentlich das Thüringer Land sehr schwer litt.
Im Frühjahr des vorigen Jahres traten die großen Ueber-
schwemmungen ein, die die Landesvertretung nöthigten, eine
Summe von 6,000,000 Mark zur Hebung der dringendsten Schäden
zu bewilligen. Gegen Schluß des Jahres ist die Noth-
lage von einer schweren Kalamität heimgeführt worden, wo
wir in diesem Augenblick den Umfang der Schädigung noch nicht
kennen. Das ganze Jahr hindurch hat ein schwerer Druck auf
Handel und Industrie gelastet. Schon beim Beginn des Jahres be-
stand er und wurde im Laufe des Jahres verstärkt durch die Unge-
wissenheit über die Lösung der orientalischen Frage, eine Ungewissheit,
die leider jetzt noch fort dauert, und die Rückkehr in den früheren Zu-
stand erschwert. Außerdem hat die Landwirtschaft im Ganzen und
Großen nur mittelmäßige Ernten davongetragen. Es ergibt sich
aus allen diesen Umständen, daß das Resultat der Finanzverwaltung
für das Jahr 1876 ein glänzendes nicht werden konnte und ich glaube,
wir haben allen Grund zufrieden zu sein, daß es uns trotz aller dieser
Schwierigkeiten gelungen wird, das Jahr 1876 ohne Defizit und mit
einem, wenn auch nur geringen Ueberschuß abzuschließen. Wie sich
die Verhältnisse im Einzelnen gestaltet haben, was namentlich bei so
komplizierten Verwaltungen wie die Eisenbahnverwaltung nicht leicht
zu übersehen ist, kann ich in diesem Augenblick noch nicht mittheilen.
Ich habe in Bezug auf die Resultate dieser Verwaltung gegenüber
dem Etat keine unangenehme Meinung; ich habe sie auch nicht in Bezug
auf die Vermögensverwaltung, ich glaube aber mich einer näheren
Darlegung enthalten zu sollen. Eine Ausnahme hiervon zu machen
finde ich mich nur hinsichtlich derjenigen Verwaltungen veranlaßt, die
unter meiner speziellen Leitung stehen, wo ich in der Lage bin, schon
früher das Schlussergebnis annähernd richtig ermitteln und feststellen
zu können. Wenn ich auf diese Verwaltungen meinen Blick werfe, so
ist da nach der ungünstigen Seite hin zunächst der Staatsfiskal zu
nennen. Die Einnahmen des Staatsfiskals sind im Jahre 1876
schon zurückgeblieben; sie sind für 1876 sehr beträchtlich niedriger ver-
anschlagt, worden aber dennoch für das Jahr 1876 einen Ausfall von
3,000,000 Mk. ergeben.
Dem steht gegenüber die Domänen- und Forstverwal-
tung, bei denen wir für beide zusammen auf einen Ueberschuß von
2½ bis 3 Millionen Mk. rechnen können. Am meisten wird dazu die
Forstverwaltung beitragen, obwohl die Preise der Forstprodukte we-
sentlich herabgegangen sind und obwohl derselben eine hohe Mehr-
ausgabe zur Last fällt, welche durch die Aufarbeitung der durch den
Sturm niedergeworfenen Bestände veranlaßt worden sind. Wir haben
daher zu erwarten, daß sich bei dem Kapitel „Erlös aus Ab-
sätzen und Verkäufen“ eine Million Mark mehr er-
geben wird, daß die direkten Steuern 1,000,000 Mark mehr
einbringen (Hört! Hört!) und daß die indirekten Steuern
nicht hinter dem Ansatz zurückbleiben werden, obwohl die Stempel-
steuer einen Ausfall von 1½ Millionen erleidet. In Bezug auf die
Stempelsteuer möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in dieser
Steuer, die so sehr vom Verkehrsleben und seiner Gestaltung ab-
hängig ist, doch anfänglich, sich ein besserer Zustand auszuweisen. Wäh-
rend die Einnahmen den Ansätzen und auch den Erwartungen nicht
vollständig entsprachen, ist doch gegen 1875 eine Mehreinnahme von
500,000 Mk. eingetreten, und das berechtigt, glaube ich, zu der Hoff-
nung, daß wir für die Zukunft wiederum auf bessere Einnahmen
rechnen dürfen.
Ehe ich nun zu dem Etatsentwurf für das Jahr 1877 bis 1878
übergehe, möchte ich noch vorher auf einen Punkt Ihre Aufmerksamkeit
lenken, nämlich auf den Stand der Eisenbahn-
ten und der für die Beschaffung der Geldmittel erforderlich gewese-
nen Maßnahmen. Die Uebersicht über die Einnahmen und Aus-
gaben des Jahres 1876, die Ihnen schon am Tage der Eröffnung
des Hauses vorgelegt wurde, ergibt, daß das Jahr 1876 bei den

Eisenbahnbauten mit Vorschüssen bei verschiedenen Konten abge-
schlossen hat, die sich auf 61,910,521 Mark belaufen, denen an Be-
ständen bei anderen Konten 8,463,990 Mark gegenüberstehen; sonach
hatte dieses Konto einen aus den bereiteten Mitteln der
Staatskasse geleisteten Vorschuß von 53,441,531 Mark in Anspruch
genommen. Auf einen so großen Vorschuß würde sich die Finanz-
verwaltung nicht haben einlassen können, wenn nicht damals im Vor-
aus festgestanden hätte, daß bis zum 2. Januar die gegenwärtige
Reichsbank die Verpflichtung zu erfüllen hatte, ein Abfindungsquan-
tum an Preußen zu zahlen. Aus diesem Abfindungsquantum sind
demnach mit der Zustimmung der Landesvertretung 25,220,401 Mk.
für die Eisenbahnbauten bestimmt worden. Indessen neben dem Vor-
schußquantum, was Ende 1875 für die Eisenbahnbauten verausgabt
war, traten nun im Laufe des Jahres 1876 sehr bedeutende neue
Ausgaben. Wir haben einschließlich der Bahn Halle Kassel, wofür 42
Millionen Mark zu verausgaben waren, 110,723,314 Mk. zu veraus-
gaben gehabt; dies mit dem Vorschußbetrage zusammengerechnet, giebt
eine Verwertung von 164,164,445 Mk. Wir haben nun, wie ich schon
erwähnte, diese Beträge in Höhe von etwa 25 Millionen beschafft
aus der Abfindung der Bank. Es sind auch einige kleine Posten rea-
listisch worden, namentlich bei den Staatsaktienkapitalienfonds. Wir
haben am Schluß des Jahres einen Vorschuß auf diesem Konto
gehabt von etwa 16½ Millionen Mk. Den Hauptbetrag, der mehr
als 120 Millionen Mark umfaßt, haben wir durch Realisirung von
Staatsanleiheobligationen decken müssen. Das ist in der Weise ge-
schehen, daß schon im Beginn des Jahres mit der Veräußerung von
4½ Proz. Obligationen im Detailverkehr durch Vermittelung der
Seehandlung vorgegangen ist. Es sind nämlich auf diesem
Wege 4½prozentige konsolidirte Anleihen im Nominalbetrage von
23,351,450 Mark veräußert worden und wir haben daraus,
abgesehen von der Vergütung für bereits fällig gewordene Zinsen
einen Geldbetrag von 24,432,283 Mark entnommen. Außerdem
ist dann gegen die Mitte des Jahres ein großes Finanzgeschäft
gemacht worden. Wir haben uns entschlossen, eine vierprozentige
Anleihe auf den Markt zu bringen, wie ich dazu ja durch die
vorangegangenen Gesetze völlig freie Hand erhalten hatte. Diese
vierprozentige Anleihe im Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark
ist durch die Vermittelung von angesehenen Bankhäusern negotiirt
worden zu dem Preise von 96 Millionen Mark. Sie wird also dem
Staat eine Zinsenvergütung von 4½ Proz. kosten; die Anleihe-
operation ist vollständig abgewickelt, das Geld ist — oder in der vielmehr
in unseren Kassen (Heiterkeit), die letzte Mark ist bereits verausgabt.
Indem ich hierauf hinweise, will ich nicht unterlassen daran zu erin-
nern, daß durch die verschiedenen Gesetze, die früher ergangen sind,
die Verwaltung Ende 1876 noch im Besitze von realisirbaren Kredit-
forderungen bis zur Höhe von 417,638,000 Mark war und daß wir
bei dem fortschreitenden Bau der Eisenbahnen mehr und mehr zur
Realisirung eines mehr oder weniger großen Theils dieser Kredite
werden übergehen müssen. Ich gebe auf diese Verhältnisse ein, weil
mir scheint, daß sie ein allgemeines Interesse darbieten, dann aber
auch, weil natürlich nicht übersehen werden darf, daß die Zeit, wo
der Eisenbahnbau wesentlich aus Kapitalien bestritten wurde, für die
eine besondere Zinsenvergütung nicht zu leisten war, vorbei und nun-
mehr seit Jahresfrist der Zeitpunkt eingetreten ist, wo die Eisenbahn-
bauten nur geleistet werden können durch Aufnahme von Kapitalien,
deren Verzinsung zwar nicht bei der Eisenbahnverwaltung hervortritt,
aber bei dem Kapitel der öffentlichen Schulden sich fühlbar macht.

Nun lassen Sie mich in dem Etatsvoranschlage für
1877-78 übergehen. Da sind zunächst hervorzuheben die Ein-
nahmen, welche auf 651,413,934 Mk. veranschlagt sind, sie bleiben
gegen den Voranschlag für 1876, der sich auf 651,429,400 Mk. belief
um den geringen Betrag von 15,466 Mk. zurück. Die Ausgaben
sind im Ordinarium veranschlagt auf 631,075,787 Mk. Sie geben
über die Ausgaben im Ordinarium, die für das Jahr 1876 veran-
schlagt waren und die sich auf 619,160,118 Mk. beliefen, um 11,915,669
Mk. hinaus. Die Ausgaben im Extraordinarium
sind dagegen diesmal zu 20,338,147 Mk. veranschlagt; sie waren im
Etat für 1876 veranschlagt auf 32,269,282 Mk.; sie bleiben mithin
um 11,931,135 Mk. gegen den Voranschlag für das Jahr 1876 zurück.
Was nun die Einnahmen betrifft, so würden dieselben nicht allein
ebenso hoch, sondern um beinahe 9 Millionen höher als für das Jahr
1876 veranschlagt werden können, wenn nicht zwei Posten hin-
dernd in den Weg traten. Erstens war der Ueberschuß, der dem Jahre
1876 aus dem Jahre 1874 zugeführt werden konnte, um 4,576,687 Mk.
größer als der Ueberschuß, der aus dem Jahre 1875 für das Jahr
1877-78 zur Disposition gestellt werden kann. Zweitens tritt der
Umfstand hinzu, daß die schon 1876 so sehr reduzierten Einnahmen des
Staatsfiskals im Voranschlage für das Jahr 1877-78 nunmehr um
4,396,470 Mk. haben ermäßigt werden müssen, für welche beiden Posten,
die doch eigentlich in die Kategorien der laufenden Einnahmen nicht
so unbedingt gehören, also ein Ausfall von 8,973,157 Mk. in runder
Zahl von etwa 9 Millionen eintritt.

Geben wir auf die Betriebsverwaltungen ein, so er-
giebt sich, daß unter den Einnahmen, abgesehen von einem Posten bei
der Seehandlung, wo die Einnahme um 450,000 Mark ermä-
ßigt worden ist, hauptsächlich nur zwei Verwaltungen Mindereinnah-
men aufweisen werden; die eine dieser Verwaltungen ist die Ver-
waltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen; da werden wir die Bruttoeinnahme um 2,802,000 Mark niedriger
veranschlagen müssen wegen des fortwährenden Sinkens der Kohlen-
preise, während andererseits die Produktion nicht herabgegangen, son-
dern gestiegen ist. Wir haben ferner eine Mindereinnahme von
1,216,300 Mark in Ansatz bringen müssen bei der Münzverwal-
tung, weil bekanntlich die bisherige in so großem Umfange bewirkte
Ausprägung von neuen Reichsmünzen nunmehr sich beträchtlich ver-
mindert. Dagegen treten bei den übrigen Betriebsverwaltungen im
Ganzen genommen Mehreinnahmen von 10,149,915 Mk. hervor, und
zwar speziell bei der Domänenverwaltung 602,000 Mk., bei der
Forstverwaltung 1,690,000 Mk., bei dem Erlös aus Ab-
sätzen und Verkäufen von 2,800,000 Mk., dem dreijährigen
Durchschnitt entsprechend, eine Erhöhung von 900,000 Mk., bei den
direkten Steuern eine Mehreinnahme von 2,267,000 Mk.
Vielleicht hat es ein Interesse, wenn ich bei den direkten Steuern
etwas näher auf das Verhältniß eingehe. Ich bemerke deshalb, daß
bei den direkten Steuern eine Erhöhung eintritt: bei der Gebäu-
desteuer von 903,000 Mk., bei der klassifizirten Ein-
kommensteuer von 917,000 Mk., bei der Gewerbesteuer
von 679,000 Mk., bei der Grundsteuer von 157,000 Mk., und
daß Mindereinnahmen nur in Aussicht genommen sind mit einem
kleinen Betrage bei der Klassensteuer von 115,000 Mk. und mit
einem größeren Betrage bei der Eisenbahngabe von 320,000
Mk. Summa Summarum werden also die direkten Steuern 2,267,000
Mk. mehr ergeben.
Bei den indirekten Steuern finden wir diesmal Mehr-

einnahmen nicht. Wir haben nämlich, nachdem nun drei
Jahre hindurch die Stempelsteuer den Betrag, auf dem wir
sie so lange festgehalten haben, niemals erreicht hat, doch geglaubt,
uns entschließen zu sollen, die Einnahmen gegenwärtig den Verhält-
nissen entsprechend bei der Stempelsteuer um 1,500,000 Mark zu er-
mäßigen, dagegen bei der Erbschaftsteuer um 800,000 Mark zu er-
höhen, im Ganzen also einen Ausfall von 700,000 Mark in Aussicht
zu nehmen. Ich bemerke dabei, daß dieser ermäßigte Satz im Jahre
1876 wahrscheinlich nicht vollständig, aber doch nahezu eingeht wird.
Wir haben ferner bei den indirekten Steuern auch unsere Aus-
gaben um einen nicht unbeträchtlichen Posten erhöhen müssen,
indem wir geglaubt haben, für die Ausrüstung und die Bekleidungs-
gegenstände der Zollaufseher und Steueraufseher einen nicht unbe-
trächtlichen Mehreinsatz in Ansatz bringen zu sollen.

Wir haben dann ferner auf eine Mehreinnahme zu rechnen bei
der Eisenbahnverwaltung von 4,142,955 Mark, und von
dieser Mehreinnahme werden an Mehreinsatz fallen auf die
Staatsbahnen 3,605,121 Mk. Dieser Mehreinsatz wird nun aber
lange nicht hinreichen, um den höheren Betrag an Zinsen zu über-
tragen, den wir, wie ich das später bei dem Etat der Hauptver-
waltung der Staatsbahnen darlegen werde, werden aufbringen
müssen. Im Ganzen genommen stellt sich bei den sogenannten Be-
triebsverwaltungen, alle Mindereinnahmen abgerechnet, doch noch
eine Mehreinnahme von 5,681,378 Mk. heraus, und da hinsichtlich
der Ausgaben dieser Verwaltungen die Mehrausgaben bei der einen
Verwaltung durch Minderausgaben bei der anderen so ziemlich sich
ausgleichen werden und im Ganzen nur eine Mehrausgabe von
121,855 Mk. in Aussicht genommen zu werden braucht, so stellt
sich ein Mehreinsatz bei den Betriebsverwaltungen heraus von
5,559,523 Mk.

Was die übrigen Einnahmen betrifft, so ist hervorzuheben, daß
sich bei den Gerichtsstellen eine Mehreinnahme herausstellt von 2,562,900
Mk., der dann aber natürlich auch eine sehr beträchtliche Mehraus-
gabe von 1,643,340 Mark gegenübersteht, so daß aber doch ein Mehr-
einsatz verbleibt von 919,560 Mark.

Was nun die Ausgaben betrifft, so habe ich bereits an die
Mehrausgaben des Justizministeriums erinnert, und ich möchte nun
etwas eingehender die Mehrausgaben darlegen, die in der Haupt-
verwaltung der Staatsfiskal zu werden eintreten müssen.
Diese sind auszuwerfen mit dem Betrage von 7,524,000 Mark; doch
fallen dieselben nicht sämtlich auf die höhere Verzinsung. Auf die
Mehrausgaben für Verzinsung fallen 6,312,531, dagegen auf die Mehraus-
gaben für Tilgung 1,151,157 Mark. Bei dem letzteren Posten ist
daran zu erinnern, daß in der Tilgung ein durchlaufender Posten vor-
kommt, wo die erhöhte Tilgung zugleich eine erhöhte Einnahme bei
der allgemeinen Finanzverwaltung zur Folge hat und zwar im Be-
trage von 225,176 Mk.; die übrigen Beträge erhalten zum Theil da-
durch ihre Begründung, daß nach dem Plan der Tilgung für die Prä-
mienanleihe im Jahre 1877/78 eine größere Summe zur Verwendung
gelangt. Der bei weitem wichtigste Posten ist natürlich die erhöhte
Ausgabe für die Verzinsung der neu aufgenommenen und der noch
weiter neu aufzunehmenden Anleihen; denn für diesen Bedarf ist im
diesjährigen Etat ebenfalls Vorkehrung getroffen. Im Uebrigen,
meine Herren, tritt bei dem Staatsministerium bei den Ausgaben
eine formelle Aenderung hervor, indem wir einen Betrag von 461,584
Mk., der bisher im Extraordinarium stand, nunmehr in das Ordi-
narium übernehmen; es ist dies von mir im vorigen Jahre ausführ-
lich erörtert worden. Was die sonstigen Mehrausgaben betrifft, so
machen dieselben, einschließlich des genannten Postens von 7,524,000,
bei der Hauptverwaltung der Staatsfiskal im Ganzen den Betrag
von 11,915,669 Mark aus und die Mehrausgaben vertheilen sich so
ziemlich auf alle Verwaltungen. Ich glaube Sie hier mit den Details
nicht behelligen zu sollen — die gedruckten Etats werden im Laufe des
Tages in Aller Händen sein — und ich will daher nur einige Ein-
zelheiten hervorheben. Im Handelsministerium ist für
technische Lehranstalten ein Mehreinsatz von 315,576 Mark
in Ansatz gebracht, bei dem Ministerium des Innern ist
für die Landgendarmerie 185,000 Mk., für Strafanstalten
282,000 Mk. mehr in Anspruch genommen, bei dem land-
wirthschaftlichen Ministerium für landwirthschaft-
liche Lehranstalten u. s. w. 305,000 Mk. mehr, bei der Ge-
sundheitsverwaltung 246,000 Mk. Mehrausgaben angelegt. Auf
das Kultusministerium fällt ein Mehreinsatz von 174,266 Mk.,
wovon das Elementar-Unterrichtswesen mit 441,965
Mk. figurirt, während für Gymnasien und Realschulen
127,000 Mk. gefordert werden.

Was nun das Extraordinarium betrifft, so mache ich
darauf aufmerksam, daß dem Mindereinsatz von 11,931,135 Mk.
gegenübersteht einmal der Betrag von 1½ Millionen Mk. für die Aus-
führung der Grundsteuerregulirung, wofür wir in diesem
Jahre eine Summe nicht mehr aufgenommen haben; wir werden
Ihnen den Vorschlag unterbreiten, diese gesammte Ausgabe auf einem
anderen Wege zum Austrag zu bringen, — daß ferner abzusetzen sein
würden die 461,584 Mk. für die Mehrausgaben, die bloß den Platz
gewechselt haben, und die nun in das Ordinarium gebracht sind.
Macht man diese Abzüge, dann ist die Mehreinnahme, die in Aus-
sicht genommen wird, 9,969,000 Mk., also in runder Summe nahezu
10 Millionen, und von diesem Betrage haben wir entfallen lassen auf
die Ausgaben im Handelsministerium und zwar für die
Eisenbahnverwaltung nahezu 5 Millionen Mark. Im
Bezug auf einen Theil dieser Ausgaben ist die Frage vorbehalten, ob
wir, da es sich dabei um produktive Kapitalanlagen handelt, vielleicht
uns einen Kredit geben lassen für die Ausführung derselben im Wege
der Staatsanleihe. Bei allen anderen Ministerien beschränkt sich die
Reduktion auf weniger als eine Million. Im Ganzen werden, wie ich
schon angeführt, 20,338,147 Mk. zur Verwendung in Aussicht genommen.
Meine Herren! es liegt mir am Herzen, bei dieser Verminderung der
Ausgaben im Extraordinarium der Ansicht vorzubeugen, als wenn
nun etwa die Ausgabe für extraordinäre Zwecke in den Jahren
1877-78 sich auf die ebengedachte Summe beschränkt; das würde ich
niemals lebhafter bedauern haben, als in diesem Augenblicke, wo
viele Gründe dafür sprechen, daß der Staat mit seinen öffentlichen
Unternehmungen nicht zurückbleibt. Das wird aber auch in keiner
Weise zu geschehen brauchen. Die wesentliche Aenderung wird
vielmehr darin bestehen, daß wir weniger Neues in Angriff
nehmen und daß dagegen mit verstärkter Energie, daß be-
reits Begonnene zu Ende geführt werden kann. (Beifall.) Wir haben
— und Sie gestatten mir vielleicht, noch dies etwas näher darzulegen
— in Bezug auf die Extraordinarien Erfahrungen gemacht, von denen
es ganz wünschenswerth ist, wenn sie auch in weiteren Kreisen sich
verbreiten. Ich habe hier eine Uebersicht, was wir für die Extraor-
dinarien in den verschiedenen Jahren in Aussicht genommen haben
und was dann tatsächlich zur Verwendung gekommen ist. Im Jahre
1870, dem ersten Etat, bei dessen Aufstellung ich mitgewirkt habe, be-

ließ sich das Extraordinarium auf 17,545,000 M.; in jenem Jahre waren noch an früheren unbenutzten Beständen vorhanden 6,780,948 Mark; es konnten also verwendet werden 24,326,000 M.; es blieben in diesem Jahre, dem Kriegsjahre, unbenutzt 10,232,000 Mark. Im Jahre 1871 wurden neu bewilligt 18,525,000 M.; da am Ende des Jahres 1870 noch ein Rest von ca. 10 Millionen Mark verblieben war, so waren 28,747,000 Mark verfügbar; davon wurden 20,000,000 Mark verwendet; es blieb ein Rest von 8,000,000 Mark. Im Jahre 1872 wurden bewilligt 33,976,000 Mark; es waren also mit den Restbeständen verwendbar 46,000,000 Mark; unbenutzt blieben 14,798,000 Mark. Mit dem Jahre 1873 beginnt die Reihe der gesegneten Jahre (Heiterkeit); es wurden für das Extraordinarium bewilligt 70,350,000 Mark; dazu traten die Restbestände mit 14,798,000 Mark; es waren also 85,000,000 Mark verwendbar; unbenutzt blieben 26,267,000 Mark. Das Jahr 1874 hat über das größte Extraordinarium — der Bewilligung nach — zu verfügen; es belief sich auf 102,000,000 Mark (davon 24,000,000 Mark aus der Kriegskontribution); es trat der Rest von 26,000,000 M. hinzu; verwendbar waren also 128,000,000 M.; es ist nur etwas über die Hälfte verwendet worden und blieben 62,500,000 Mark unbenutzt. Im Jahre 1875 wurde ein Extraordinarium von 80,000,000 M. aufgebracht; dazu noch die Restbestände, so daß über 142,000,000 Mark in diesem Jahre verwendbar waren; in diesem Jahre wurde nicht einmal die Hälfte verwendet, sondern es blieb am Schluß ein Bestand von 81,372,000 Mark (Hört! Hört! links.) Die höchste Verwendung, die in irgend einem Jahre stattgefunden hat, beläuft sich auf 66 Mill. M. Für 1876 war also der geringe Betrag, den wir ausgebracht haben, von 32,000,000 M. nicht maßgebend, sondern es trat der Rest von 81,000,000 M. hinzu, so daß das Jahr 1876 im Ganzen 113,000,000 M. zur Verfügung hatte. Wie das Jahr 1876 in dieser Hinsicht abschließen wird, kann ich noch nicht übersehen. Nach einer Zusammenstellung, die ich mir in meinem Ressort habe aufstellen lassen, waren Ende December 1876 zur definitiven Abrechnung auf die Ausgaben 39,555,513 M. angesetzt. Ich bitte aber nicht zu vergessen, daß für die extraordinären Bewilligungen die Ausgaben lange Zeit vorläufigweise geleistet werden, und daß erst am Jahreschlusse die definitive Abrechnung erfolgt; wenn ich nun annehme, daß noch 20 bis 25,000,000 M. zur Abrechnung kommen, so würde ich berechtigt sein, anzunehmen, daß für das Jahr 1876 immer noch ein Restbetrag von 50,000,000 M. übrig bliebe, so daß für 1877/78 unter Hinzurechnung des im Etat beantragten Salzes immer noch ein Extraordinarium von 70,000,000 M. verwendbar wäre. Ich bemerke, daß neben diesem Extraordinarium der Eisenbahnbau in besonderer Weise seine Geldmittel zur Verfügung hat und daß nichts entgegensteht, denselben auch im künftigen Jahre kräftig weiter zu führen. Möge es uns gelingen zum Wohle des Landes die vorhandenen oder zu beschaffenden Geldmittel richtig zu verwenden. In dieser Hoffnung und in der Hoffnung, daß die schwere Zeit, die wir bis jetzt zurückzulegen hatten, von dem Zeitpunkt an, wo die politische Besorgnis seit mehr als einem halben Jahre einen Druck auf Europa ausgeübt hat, verschwunden sein wird, und daß wir einem neuen Aufschwung entgegengehen, übergebe ich auf Grund einer Allerhöchsten Ermächtigung vom 10. Januar d. J. den Staatshaushaltsetat mit sämtlichen Anlagen. (Beifall.)

Weitere Vorlagen werden nicht eingebracht; die Tagesordnung ist somit erledigt. Der Präsident von Bennigsen schlägt dem Hause vor, vor der nächsten Plenarsitzung die 8 Kommissionen zu wählen, die in der vorigen Session gewählt waren, nämlich die Petitionskommission (28 Mitglieder), die Kommissionen für Unterrichtswesen und für das Budget (je 21 Mitglieder), die Agrar-, Justiz-, Gemeinde- und Geschäftsordnungskommission (je 14 Mitglieder) und die Rechnungskommission (7 Mitglieder). — Das Haus ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Auf Vorschlag des Präsidenten bestimmt das Haus ferner wieder den Mittwoch als Schwerinntag (für Petitionen, Anträge aus dem Hause u. s. w.).

Der Präsident theilt schließlich mit, daß in der nächsten Zeit die Neuwahl dreier Mitglieder zur statistischen Centralkommission an Stelle der Abg. Bichow, Miquel und Gneist deren Mandate ablaufen, und zweier Mitglieder für die Staatsschuldenkommission an Stelle der Abg. Klotz (Berlin) und Stengel vorzunehmen sein wird.

Schluß 12¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Erste Berathung des Etats.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. Januar.

— In militärischen Kreisen zirkulirt der „R. Z.“ zufolge ein Wort des Kaisers, welches gelegentlich seines 70-jährigen Dienstjubiläums im Zirkel seiner Paladine gesprochen sein soll. Es war die Rede von den letzten Corpsmanövern im Laufe des jüngsten Herbstes, und da soll aus hohem Munde die Mittheilung gefallen sein, daß von allen Contingenten, über welche Heerschau gehalten wurde, diesmal das württembergische Corps das feldtuchtigste und am sorgsamsten ausgebildete gewesen sei.

— Am 27. d. M., dem Tage, an welchem der Prinz Wilhelm, ältester Sohn des Kronprinzen, sein 18. Lebensjahr vollendet und damit die Mündigkeit erreicht, findet ein Kapitel des schwarzen Adler-Ordens statt, bei welcher Gelegenheit der Prinz die Investitur des Ordens erhält. Diese ursprünglich von dem Könige Friedrich I. bei der Annahme der Krone und Stiftung des Ordens festgesetzte Zeremonie war alsbald in Vergessenheit gekommen und erst von König Friedrich Wilhelm IV. bei der theilweisen Wiederherstellung des alten Ordensstatuts wieder eingeführt worden. Die Prinzen des Hauses empfangen, nach älterer, wahrscheinlich unter König Friedrich Wilhelm II. angenommener Festsetzung, den schwarzen Adler-Orden am Tage, da sie das zehnte Lebensjahr vollenden und das Leutenants-Patent empfangen. Das alte Statut (Art. III.) erklärt, daß den Prinzen „durch ihre Geburt ein Recht, dieses Ordens Mitglieder zu sein“, aufsteht, „zu dessen Bezeugung ihnen auch sofort nach ihrer Ankunft auf die Welt das Band und Kreuz angelegt werden soll“, die solenne Investitur aber und die Einkleidung in den Orden geschieht erst alsdann, wann Sie zuvorderst zu der Kommunion des heil. Abendmahls zugelassen sind.

— Ein bekannter Staatsmann, den wohl Jedermann erräth, soll, wie der „Alln. Ztg.“ berichtet wird, erklärt haben, er sei mit dem Ausfalle der Berliner Wahlen gar nicht so unzufrieden; denn wenn die Berliner Bürger zur Besinnung kommen sollten, müßte ihnen vorher das Messer an der Kehle stehen. Mit der „Besinnung“ scheint es leider noch gute Wege zu haben. Allerdings erheben sich, wie das „Tabl.“ schreibt, in den Kreisen der Bürgerschaft vielfach Stimmen, welche ein einmüthiges Zusammengehen der liberalen Parteien bei den hier nothwendigen Stichwahlen in der Art fordern, daß im ersten Wahlkreise für Forderbeck und im zweiten für Klotz gemeinsam votirt werde. Dagegen soll, dem Vernehmen nach, das Central-Wahlkomitee der Fortschrittspartei den Entschluß gefaßt haben, in den beiden genannten Wahlkreisen ihre Kandidaten gegen die Nationalliberalen aufrecht zu halten, weil man der Ueberzeugung ist, daß es nur der regen Betheiligung der in ihrer großen Mehrzahl fortschrittlich gesinnten Wähler bedürfe, um die Kandidaten der Partei durchzubringen. Das „Tabl.“ schreibt dazu:

Wir vermögen diese Siegesgewissheit nicht zu theilen, namentlich was den ersten Wahlkreis anbetrifft, in welchem Herr Hirsch Herrn v. Forderbeck gegenübersteht. Abgesehen davon, daß Herr Hirsch den Wählern so wenig sympathisch ist, daß ein großer Theil, der sonst immer fortschrittlich wählte, diesmal einzig und allein der Person wegen, für die Kandidaten der Nationalliberalen sich erklärt hat, so ist vordemlich in Betracht zu ziehen, daß die Sozialdemokraten das größte Interesse haben, in Berlin eine Doppelwahl zu Stande zu bringen, weil ihnen eine solche eine neue Chance bei der dadurch nothwendig werdenden Nachwahl eröffnen würde. Deshalb dürften sie ihre Stimmen in den beiden beiläufigen Wahlkreisen für Herrn v. Forderbeck abgeben, um diesem dadurch zu dem Doppelsiege über Hirsch und Klotz zu verhelfen. Da Herr von Forderbeck aber nur in einem Kreise die Wahl annehmen könnte, so läme es in dem andern zur Nachwahl, und daß die durch ihre Erfolge ermuthigte und vielleicht auch verstärkte sozialdemokratische Partei dann alle Kräfte einsetzen würde, um hierbei für sich einen weiteren Platz im Reichstage zu erobern, liegt auf der Hand. Einmüthiges Zusammengehen der liberalen Parteien bei den Berliner Stichwahlen würde dagegen der Fortschrittspartei das Mandat des zweiten Wahlkreises unter allen Umständen sichern und auch im dritten Wahlkreise, in dem bekanntlich der Bezirksgerichtsrath Herr mit dem Sozialdemokraten Radow konkurirt, den Sieg über allen Zweifel stellen. So liegen die Aussichten für die hiesigen engeren Wahlen; im Interesse der nationalen Sache erscheint daher eine schnelle Einigung der Fortschrittspartei mit der nationalliberalen dringend geboten. Es wäre betrieblend, wenn sie aus der erlittenen Niederlage keine Lehre gezogen haben sollten.

In der That sind denn auch die Sozialdemokraten mit der Agitation für die Stichwahlen die Ersten auf dem Platze. Zur Besprechung der Stichwahl im dritten Wahlkreise zwischen Herz und Radow fand bereits am Sonntag Vormittag eine „Volksversammlung“ statt, welche die Räume des Reunion-Theaters so füllte, daß im wahrsten Sinne des Wortes kein Apfel zur Erde konnte. Wir lesen über den Verlauf:

Die Abg. Most und Frische hielten zunächst kräftige Ansprachen an die Versammlung, in welchen der Jubel über den Sieg des 10. Januar wiederholte, schlossen daran eine mit den bekannten Floskeln und paderenen Schlagworten reichlich vermischte Darstellung der sozialdemokratischen Prinzipien und stellten die regste Agitation bei der Stichwahl im dritten Wahlkreise in Aussicht. Das arbeitende Volk, so hieß es, müsse zeigen, daß der deutsche Michel erwacht sei, und dazu gehöre, daß die Arbeiter wie ein Mann an die Wahlurne eilen und für den sozialdemokratischen Kandidaten votiren. Es gelte Protest einzulegen im Namen des arbeitenden Volkes gegen die heutige Produktionsweise, Protest gegen die Gefahren einer Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts, einer Wiederanregung des Kontraktbruchgesetzes und einer Steuererhöhung, und die sozialdemokratischen Abgeordneten würden, wie die römischen Volkstribunen, diesem Protest den gehörigen Ausdruck geben. Bei der letzten Wahl haben im dritten Wahlkreise 3688 Wähler nicht gewählt; es gelte jetzt, diese 3688 Stimmen zu erobern, und dazu müsse jeder Sozialdemokrat die Hand mit anlegen. Das Wahlkomitee werde sofort seine Thätigkeit entfalten, und es solle kein Haus und keine Wohnung vom vierten Stock bis in den Keller geben, in welche nicht die sozialistischen Flugblätter ihren Weg finden würden. Mit der dringenden Mahnung zur lebendigsten Agitation schloß die Versammlung.

Ueber ihr Verhalten bei den Stichwahlen im ersten und zweiten Wahlkreise haben sich die Sozialdemokraten noch nicht schlüssig gemacht.

— Die „Magdb. Z.“ ist sehr erfreut darüber, daß Herr Parisius in seinem Wahlkreise (Stallupönen, Goldap, Darkehmen) von einem Konservativen „zu Falle gebracht worden“ ist und daß Eugen Richter in Hagen mit dem nationalliberalen Kandidaten in die engere Wahl kommt. Sie schreibt in Bezug hierauf:

Wenn der Abg. Eugen Richter bloß auf seinen alten Wahlkreis Hagen angewiesen wäre, so würde er kaum in den Reichstag kommen, denn in Hagen werden die Ultramontanen gegen ihn stimmen und damit wäre seine Wahl vereitelt. Wohl aber wird er — vielleicht! — durch Breslau, das zwei Stichwahlen vornimmt, zu einem Mandat gelangen, denn Dr. Hänel wird für Breslau nicht annehmen.

Daß die Ultramontanen zu Gunsten eines der Regierung näher stehenden Nationalliberalen gegen einen so energischen Fortschrittsmann, wie Herrn Richter, dessen an der Regierung und den Nationalliberalen geübte Kritik sie so trefflich zu verwerthen wissen, stimmen sollten ist mehr als zweifelhaft. Weit richtiger erscheint uns folgende aus einem Berliner Blatte entnommene Notiz:

Von ultramontaner Seite ist der Fortschrittspartei der Vorschlag gemacht worden, sie möge ihre fortschrittlichen Gesinnungsgenossen in Danzig bewegen, bei der bevorstehenden engeren Wahl gegen den nationalliberalen Kandidaten Richter und für den liberalen Kandidaten Landmesser zu stimmen. Dagegen erbot sich die ultramontane Partei, in Hagen Herrn Eugen Richter gegen dessen nationalliberalen Konkurrenten zu unterstützen. Die Fortschrittspartei in Danzig wird sich, wie man hört, in ihrer ungeheueren Majorität auf diesen Vorschlag nicht einlassen. Doch soll das Zentrum selbst trotzdem für Herrn Richter in Hagen stimmen wollen.

— Nach einem in dem „Centralblatte für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ veröffentlichten Nachweise über sämtliche königliche Seminare des preussischen Staates kommen auf die Provinz Preußen 13 Seminare (9 evangelische, 4 katholische), auf Brandenburg 10 (9 evangelische Lehrer- und 1 evangelisches Lehrerinnenseminar), auf Pommern 8 (7 evangelische Lehrer-, 1 evangelisches Hilfsehrerinnenseminar), auf Schlesien 17 (7 evangelische 10 katholische Lehrerseminare, auf Posen 6 (2 evangelische, 3 katholische Lehrer- und 1 Lehrerinnenseminar), auf Sachsen 10 (8 evangelische, 1 katholisches Lehrer- und 1 evangelisches Lehrerinnenseminar), auf Schleswig-Holstein 5 evangelische Lehrerseminare, auf Hannover 10 (9 evangelische, 1 katholisches Lehrerseminar), auf Westfalen 7 (3 evangelische, 2 katholische Lehrer-, 2 katholische Lehrerinnenseminare), auf Hessen-Nassau 6 Lehrerseminare, auf die Rheinprovinz und Koblenz 14 (5 evangelische, 8 katholische Lehrer- und 1 katholisches Lehrerinnenseminar).

Wien, 13. Januar. Tschernajew ist aus Prag ausgewiesen worden. Hiesige Blätter berichten hierüber folgendes:

Als Tschernajew Mittags aus der russischen Kirche ins Hotel zurückgekehrt war, traf er den Polizeirath Kreuzer an, welcher ihm den Befehl vorlas, daß Tschernajew mit dem nächsten Eisenbahnzuge Prag und Böhmen zu verlassen habe. Tschernajew protestirte als „russischer Unterthan“. Mittlerweile wurden die Zimmer Tschernajew's polizeilich besetzt und Niemand zu ihm gelassen, außer seinem Reisegefährten Chudoff. Von geschiediger Seite wurden in Folge dessen rasch Agenten ausgesandt, um Massendemonstrationen zu arrangiren. Um 6 Uhr sammelten sich auf dem Marktplatz gegen 1000 Menschen an, welche von der Polizei auseinandergetrieben und in die Nebengassen gedrängt wurden, wo sie fortwährend Hej Slovans sangen, während Tschernajew mit der Zigarre am Fenster stand und grüßend winkte. Der Polizeikommissär Ragerovski ersuchte Tschernajew, das Fenster zu verlassen und keine Demonstrationen zu provoziren; Tschernajew erwiderte barock, er selber werde zum Volke reden. Hierauf marschirte ein Bataillon Grenneville-Infanterie vor das Hotel, worauf Tschernajew sich vom Fenster zurückzog und der Aufforderung, endlich seinen Koffer zu packen, Folge leistete. Auf der Gasse fanden mittlerweile viele Verhaftungen statt und die zum Staatsbahnhof führenden Straßen wurden militärisch besetzt, der Staatsbahnhof selbst von Polizeiwache umstellt, da Tschernajew sich geweigert hatte zur Vermeidung von Aufsehen früher als zur Abfahrtszeit zum Bahnhof zu fahren. Um 8½ Uhr kam er mit dem Kommissär zum Wagen, nachdem er noch im Reisekleid das Fenster geöffnet und Abschieds-

grüße hinausgewinkt hatte. Vor dem Wagen blieb er stehen, mit den Worten: „Ich weiche nur der Gewalt.“ Der Kommissär erklärte: „Ich befehle einzusteigen.“ Tschernajew stieg hierauf ein, neben ihm Chudoff, ihm gegenüber der Polizeikommissär Ragerovski, auf dem Rücksitze ein Diener, Packete und Kränze haltend. Der Wagen fuhr durch Nebenstraßen auf den Staatsbahnhof. Beim Gehen der Fahrkarte erklärte Tschernajew burlesk zum Kommissär: „Ich thue jetzt Alles, was Sie wollen; soll ich auch für die Polizei Fahrkarten kaufen?“ Vor der Abfahrt erklärte er noch höhnisch, er werde auf der Grenze aussteigen und sich nicht vom Flecke rühren. Polizeikommissär Slapatschek begleitete ihn bis Bodenbach.

Aus Pest, 13. Januar, wird gemeldet: Der ungarischen Studenten-Deputation wurde in Konstantinopel ein großartiger Empfang bereitet. Es fand eine Rundfahrt im Bosporus an dem Palast des Sultans vorbei statt. Letzterer stand grüßend am Fenster. Die Studenten sind zu Gästen der Nation erklärt worden. Heute sind sie zu einem Banket beim Oberbefehlshaber Abdul Kerim geladen.

Aus Mexico erfährt man bezüglich der Hauptschlacht, in welcher Porfirio Diaz die Regierungstruppen überwunden, und über die unmittelbaren Folgen derselben nachstehendes:

Nachdem der Oberrichter Iglesias sich in Guanajuato zum Präsidenten erklärt hatte, richtete die damals noch in anscheinender Sicherheit in der Hauptstadt befindliche Regierung Verdos ihre ganze Kraft gegen Iglesias, indem sie keine Abnung davon zu haben schien, daß die Rebellion des Diaz immer größere Fortschritte mache. Um die Rebellion von Iglesias mit einem Schläge zu unterdrücken, zog die Regierung Verdos bedeutende Truppenmassen um Guanajuato zusammen. Da erklärten sich 1500 Mann Regierungstruppen unter General Beres Castro in Laos für Iglesias, und kurz darauf pflanzte General Tolentino mit 800 Mann an der Eisenbahn zwischen der Hauptstadt Mexico und Puebla die Fahne von Diaz auf. Diese beiden Zwischenfälle waren für die Regierung von schlimmen Folgen. Am 12. November v. J. kam es zur Schlacht zwischen Diaz und Alatorre, dem berühmten Regierungsgeneral. Die Regierungstruppen waren besser bewaffnet und disziplinirt als die Rebellen, die ihnen an Zahl überlegen waren. General Gonzales war mit 4000 Rebellen nicht weit entfernt, wurde aber von 2000 Mann Regierungstruppen unter General Alonzo in Schach gehalten. Die Schlacht begann um 10 Uhr Morgens und wüthete bis 2 Uhr Nachmittags, worauf Diaz sich langsam zurückzog und Alatorre ihm vorsichtig folgte. Inzwischen hatte Gonzales die Wachsamkeit von Alonzo getäuscht und warf sich mit aller Macht Alatorre in die Flanke. Dadurch wurde der Tag entschieden. Alatorres Armee, die Hauptstille der Regierung, wurde fast ganz aufgerieben. Einige Kavalleristen von Alatorre und Alonzo flüchteten nach Puebla, dagegen wurde die Rebellenarmee durch ihren Sieg auf 16,000 Mann mit 40 Geschützen verstärkt. Am 20. November erst traf die Nachricht von dieser verlorenen Schlacht und der ganzen Bedeutung dieser Niederlage in der Hauptstadt Mexico ein und rief natürlich die größte Aufregung hervor. Eine große Volksmenge sammelte sich vor dem Sitzungssaale des Kongresses, dessen Mehrheit noch zu Verdo hielt, während 41 Mitglieder desselben schon einige Wochen vorher die Wiederwahlung Verdos für ungescheit, null und nichtig erklärt hatten. Der Kongreß tagte am 21. November bei verschlossenen Thüren, so daß von seinen Verhandlungen nichts bekannt wurde. Bald verbreitete sich das Gerücht, daß Verdo und Escobedo die Hauptstadt für unhaltbar hielten, daß aber Verdo nicht auf sein Amt Verzicht leisten, sondern dem Beispiel von Suarez folgen und seine Regierung dort fortsetzen werde, wo er es für geeignet halte. Am 21. November früh wurde es bekannt, daß Verdo in Begleitung des Kriegs- und Finanzministers, sowie der Minister des Aeußeren und Inneren, einer Anzahl von Senatoren und Abgeordneten, Zivil- und Militärbeamten und Privatfreunden, sowie von 800 Mann aus-erlesener Reiter kurz vor Tagesanbruch die Stadt Mexico verlassen und sich nach Toluca gewandt habe. Am Tage vorher schon war Protasio Tagle, ein Anhänger von Diaz, zum Kommandanten des Bundesbezirks Mexico ernannt worden, während der General Oajaca von der Regierungarmee noch das Kommando der Miliz behielt. Erst am 23. November Nachmittags traf Diaz in der Hauptstadt ein, wo sich eine ungeheure Menschenmenge in den Straßen aufgestellt hatte. Vom Bahnhof fuhr er, begleitet von 200 Mann Kavallerie, in einer geschlossenen Kutsche nach dem Nationalpalast, ohne daß sich unter der Menge auch nur die geringste Begeisterung kundgab. Nach mericanischer Weise bestand die erste Handlung des Diaz in der Hauptstadt darin, daß er den dortigen Geschäftsleuten eine Zwangsanleihe von 500,000 Doll. abpreßte, wodurch natürlich die Begeisterung für ihn auch nicht gefördert wurde.

Diaz scheint im Uebrigen vom Glück begünstigt, sein Gegenpräsident Iglesias verliert täglich an Terrain und Anhang.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 17. Januar.

r Im Oberpostdirektions-Bezirk Bosen ist der Postsekretär Conrad in Bosen zum Oberpostdirektions-Sekretär ernannt, und der Oberpostsekretär Elias von Berlin in eine Oberpostassistenten-Buchhalterstelle nach Bosen versetzt worden.

r Breydt ist zu Rähme (Kr. Birnbaum) ist auf seinen Antrag von der Lokal-Schulinspektion über die zu seiner Pfarodie gehörigen katholischen Schulen zu Rähme, Gr. Münche, Glogowo, Dormowo und Brusin entbunden und dieselbe bis auf Weiteres dem fgl. Kreis-Schulinspektor Erfurth in Meseritz übertragen worden.

r Die Jahrmärkte, welche am 27. März d. J. für die Stadt Obornik und am 22. Dezember d. J. für die Stadt Fraustadt anberaumt waren, sind auf den 20. März, resp. 15. November verlegt worden.

? Maschkow, 14. Januar. [Kirchenwahlen. Feuer. Rinde's mord.] Bei der heut abgehaltenen kirchlichen Wahl sind in den Gemeindefürsorge gewählt worden: Wirth Nibel-Biegant und Oberamtmann Neumann-Glogow; in die Gemeindevertretung sind 5 ländliche Personen und eine aus der Stadt gewählt worden. — Feuerursache in dieser Woche die Bewohner in nicht geringe Verletzung. Vier Scheunen standen in Flammen, und das entsetzte Clement drohte größere Dimensionen anzunehmen. Dank der herbeigeeilten Hilfe und der günstigen Windrichtung ist dieses Unglück verhindert worden. — Gestern wurde eine Dienstmagd von einem Kinde entbunden. Dieselbe verbarb das Kind in einem Keller. Die That wurde jedoch entdeckt.

© Obornik, 15. Jan. [Zur Reichstagswahl.] Die Wahlschlacht ist geschlagen und wir haben sie wiederum verloren. Der polnische Kandidat Graf Kwilecki ist nur mit der winzigen Majorität von 364 Stimmen durchgekommen. Es ist daher, wie immer, die Fälschung und Uneinigkeit der Deutschen Schuld an unserer Niederlage. Im birnbaumer Kreise wurden für v. Röhne 4380, im oborniker Kreise 3301, im Kreise Samter 2761 Stimmen abgegeben, während Graf Kwilecki im birnbaumer Kreise 2972, im oborniker Kreise 3349, im Kreise Samter 4780 Stimmen erhielt. Auf ersteren fielen im Ganzen 10,442, auf letzteren 11,601 Stimmen, während die Hochkonservativen trotz der früheren Abmachungen auf der wronker Delegirtenversammlung es nicht über sich gewinnen konnten, für den gemeinsamen Kandidaten der Deutschen zu stimmen, sondern einen eigenen Kandidaten in der Person des verflochtenen Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“, des Herrn v. Nathusius-Ludom aufstellten und

wirklich 367 Stimmen auf ihn zu vereinigen wußten, fast genau die Stimmzahl, welche der polnische Kandidat über die absolute Majorität erhielt. So stimmten im Kreise Samter für v. Nathusius Dorf Pinne, Bialosch, Charice, Srodlo, Ludom, Ochowo, also die Wähler der Besitzungen des Frhrn. v. Nathusius, v. Seidlitz, v. Nathusius und v. Jagow. Eine Verständigung mit Männern dieses Standpunktes ist, wie die Erfahrung schon mehrfach gelehrt hat, nicht möglich. Sie verlangen von der großen Majorität, daß sie sich ihrem Willen unterwerfe, thut sie dies nicht, dann keine Verständigung! Andere Hochkonservative sollen übrigens noch weiter gegangen sein. So unglaublich es klingen mag, wird mir versichert, daß verschiedene konservative Grundbesitzer ihre Leute nicht nur abgehalten haben, ihr Wahlrecht auszuüben, sondern sogar ihre Leute für den polnischen Kandidaten stimmen ließen. Das geschieht von Männern, welche sich gebürden, als hätten sie den Patriotismus für sich allein gepachtet. Es muß das eine eigene Art von Patriotismus sein, ähnlich dem Patriotismus der Ultramontanen. Wenn der Staat nach ihren Grundfätzen verwaltet wird, wenn sich das Volk ihren Partei-Interessen fügt, dann gewiß zeigen sie eine große Anhänglichkeit an den Staat, wenn er aber die Interessen ihrer Partei nicht fördert, dann sind diese braven Patrioten nicht zu Hause. Was geht sie das Wohl der Provinz, was geht sie ihre Nation und das deutsche Reich an. Ein Reichsfeind erscheint ihnen als Vertreter im Reichstage besser als ein deutscher Patriot und ein Freund der Regierung, wie es der alte Vizepräsident v. Rönne zweifellos ist.

Aus dem Gerichtssaal.

h— Wofen, 16. Januar. [Schwurgericht.] Am Montag und Dienstag, als den beiden letzten Tagen der diesjährigen Schwurgerichtsperiode wurden noch drei Anklagen wegen schweren Diebstahls verhandelt. Der Wirth Julius Sauer war außerdem noch zweier Erpressungsversuche beschuldigt. Nach der Anklage war im Herbst vorigen Jahres in Kraschewitz in der Wohnung der Tagelöhnerin Maria Anna Gmelinska ein abgerissener Mann, in welchem später der Angeklagte ermittelt wurde, erschienen und hatte, da er die Gmelinska selbst nicht zu Hause fand, der zehnjährigen Antonina Koficka, welche bei der Gmelinska als Kindermädchen fungierte, gedroht, daß, wenn sie ihm nicht die Schlüssel zur Wohnung überreiche, er sie ohrfeigen werde. Das Kind hatte aber standhaft behauptet, daß sie keine Schlüssel habe. Nunmehr soll der Mann nach dem Hause des Wirths Daniel Schorn gegangen und dort durch das Küchenfenster gestiegen sein. Nach einer Weile wäre derselbe mit einem großen Packete wieder heraufgestiegen und hätte sich entfernt. Der Angeklagte leugnet; die Schwornen Cheleute geben eine Schilderung davon, was sie, nach Hause zurückgekehrt, vorgefunden und gaben den Werth der ihnen gestohlenen Sachen — darunter eine silberne Taschenuhr — auf 90—120 Mark an. Die kleine Antonina Koficka verwickelte sich aber heute in Widersprüche; unter Anderem behauptete sie, daß sie den Mann, welcher damals ihr gedroht hatte, schon von Schwereis her kenne, wo derselbe bei ihren Eltern gewohnt habe, während sie eine derartige Aussage in der Voruntersuchung nicht gemacht hat. Auf Antrag des Verteidigers, Justizrathes Tschuske, welcher mittelst, daß der Angeklagte zum letzten Mal vor zehn Jahren in Schwereis gewesen ist, also zu einer Zeit, wo die Zeugin noch kaum hätte geboren sein können, beschließt der Gerichtshof die Sache zu vertagen und durch amtliche Auskunft der Polizei-Verwaltung der Stadt Schwereis und durch Vernehmung des Vaters der Antonina Koficka festzustellen, ob die Aussage der letzteren auf Wahrheit beruhe resp. ob die Zeugin den Angeklagten in Schwereis in einer Zeit habe kennen lernen können, da von da her sie sich desselben noch mit Bestimmtheit zu erinnern vermöge. Eine zweite Diebstahlsklage ist die Anklage wider den schon drei Mal wegen Diebstahls bestraften Schmiedegesellen Joseph Jozwiazowski aus Obornik, welcher durch die Aussagen der Zeugen, nämlich der Festoblenen Tagelöhner Stuperschen Eheleute, des Invaliden Schwarz, des Gensdarmen Hein, des Knaben Michael Jutz und des Schmiedelehrlings Gramza überführt wird, am 9. Oktober 1874 zu Obornik den Tagelöhner Stuperschen Eheleuten, diesen gehöriges baare Geld — ungefähr 24 Mark — in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben und zwar aus einem in der Wohnung des Festoblenen befindlichen Kasten mittelst eines zur ordnungsmäßigen Eröffnung desselben nicht bestimmten Werkzeuges. Die Geschworenen verurtheilten die Schuldfrage ohne Zubilligung mildernder Umstände und der Gerichtshof erkannte in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung auf zwei Jahre Zuchthaus, zwei Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Hiermit ist die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode geschlossen.

Am m. Die Verhandlung gegen Bachura wegen der Anklage auf Mord in der vorigen Morgenausgabe unseres Blattes ist durch ein Versehen unter Schneidmühl geraten.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 15. Januar. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen vom 1. bis zum 10. Januar 222,138 Fl., ergaben gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 29,566 Fl.

Vermischtes.

Das Schmuggelmuseum in London. welches eine Sammlung der jener Gegenstände und Werkzeuge enthält, die bei diesem, das gar verkürzten Geschäfte gebraucht werden, wird von Martin Joshy in den „Gleespe“ folgendermaßen beschreiben: Da findet sich eine ungeheure Wellingtonsäule — aus Blei. Die Geschichte dieser Säule ist die: Das Blei als Kriegsmaterial unterliegt in England dem hohen Eingangszoll, zu Kunstgegenständen verarbeitet ist es jedoch frei. Ein geriebener Mensch versiel nun auf die Idee, Hunderte und Aberhunderte von Wellingtons, die selbst dessen eigener Vater nicht erkannt hätte, gießen zu lassen und diese fandte er so schenkt nach England, daß wohl jeder Weiler mit einem solchen Monumente hätte versehen werden können. Aber aufgestellt wurden selben nirgends, sondern sie wanderten einfach nach Birmingham in die Kugelgießerei. Endlich kam die Regierung der Sache auf die Spur und das Geschäft hatte ein Ende. — Im Museum befindet sich ferner die formlose Statue einer alten Frau aus Thon; an deren Fuß hier und da etwas vorstehende Theile wahrzunehmen. Das die Anatomie des Schmuggels. Die Figur zeigt, wie die Schmugglerinnen die verbotenen Waaren zu verbergen pflegen. — Neben der nernen Frau hängt ein großes faltenreiches Kleid, welches umgeben zwei förmliche Säcke als Taschen zeigt. Auch eine verwickelte Maske hängt da; ihre Reifen sind dicht mit theueren geschwärzten Seiden bekleidet. — Ein thurmhoher Chignon mit geschickt geordnetem Haar bedeckt ist — ein Maquar für brüsseler Spitzen. Ein Schoofschon ist da, das so sanft dreinschauet, als wollte es dir die Hand reichen. Der kleine Vinticher lebt nicht, er ist ausgepöpst — mit vaterlicher Spitzen und Brillantringen. Dort hängt ein Winterrock, in dem Futter fand man nicht weniger als 140 goldene Uhren. Der Linder daneben war einst mit geschwärzten Schänen gefüllt. In der Ecke steht ein riesiger Stock; man wäre versucht ihn für ein verwerres Mordwerkzeug zu halten. Aber er ist federleicht; eines Tages trenn aus seinem Innern 10,000 Ringe gefördert. Ein Juwelstein ist deshalb von Interesse, weil er einer von jenen tausend Baaren deren Sohlen mit gepreßtem Tabak gefüllt waren. Lange Ta-

baßrollen sind als Anfertigung — von außen getheert — eingeschmuggelt worden. Auf einem Tische liegt ein Delfinchen, er besteht aus Schnupftabak. Daneben liegt ein Buch: Die „Lebensphilosophie“ von Wolf. Schlägt man einige Blätter des Buches um, so sieht man runde Löcher in demselben, sie dienten 60 Damenubren als Futteral. Es sind noch zahlreiche andere Gegenstände da vorhanden, alle dazu bestimmt, damit die Zollbeamten an ihnen ihre Studien machen. Der Eintritt in das Museum ist verboten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Wofen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 16. Jan. General v. Schwarzkoppen ist aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums von dem Kaiser Wilhelm zum Chef des 8. Weist. Inf.-Regts. Nr. 57 ernannt worden.

Wien, 16. Januar. Gestern hat auf der deutschen Botschaft der erste Empfang stattgefunden. Auf demselben erschienen die Minister Graf Volland = Rheydt, Frhr. v. Hofmann, Glaser, Unger, Frhr. v. Bretsch-Cagnodo, v. Stremayr, Graf Colloredo-Mansfeld, Biemalskowsky, Horst und die obersten Hofchargen. Das diplomatische Corps und die Aristokratie waren zahlreich vertreten.

Konstantinopel, 15. Januar. Ueber den Verlauf der gestrigen Konferenzsitzung wird folgendes Nähere gemeldet:

Lord Salisbury machte im Namen seiner Kollegen Mittheilung von den letzten Vorschlägen der Mächte in der festgelegten gemilderten Fassung. Hiernach wird die internationale Gendarmerie, die Kantonirung der türkischen Truppen und die Delimitation Bulgariens ganz aufgegeben. Die Frage, betreffend die Abtretung Anzornits an Serbien bleibt in „s-penso“; was die Vergrößerung Montenegro's angeht, so wird dieser Punkt nach der von der Pforte hierüber akzeptirten Ansicht reduziert, so daß man mithin alle streitigen Punkte fallen läßt, ausgenommen die beiden betreffend die Ernennung der Gouverneure und die Ueberwachungskommission. Aber auch diese Punkte sind gemildert. Die Gouverneure sollen nur für die ersten 5 Jahre von Seiten der Mächte bestätigt werden. Die europäische Kommission soll durch eine gemischte, europäisch-türkische Kommission ersetzt werden. Nach diesen Mittheilungen erklärte der Marquis v. Salisbury, daß er, wenn die Pforte diesen letzten Vorschlägen nicht zustimme, Befehl habe, sich zurückzuziehen. Sir Elliot erklärte gleichfalls, daß er angewiesen sei, sich in diesem Falle zurückzuziehen und einen Geschäftsträger zurückzulassen. Sämmtliche übrigen Bevollmächtigten gaben hierauf nach einander identische Erklärungen ab, einige, indem sie das hohe Interesse betonten, welches die Pforte daran habe, den Vorschlägen zuzustimmen. Safvet Pascha antwortete, er bedauere diesen Entschluß und müsse der Pforte behufs ihrer endgültigen Antwort Bericht erstatten, halte es aber nicht für möglich, daß dieselbe in den zwei bereits abgelehnten Punkten, betreffend die Einsetzung einer Kommission und die Gouverneursfrage nachgeben könne, da dieselben die Unabhängigkeit der Pforte berührten. Indes werde die Pforte die Mittheilung prüfen und in der nächsten Sitzung definitiv antworten. Letztere soll am Donnerstag, event. wenn die Pforte zu einer Antwort noch nicht bereit ist, am Sonnabend stattfinden. Der aus 180 Würdenträgern bestehende türkische große Rath wird einberufen werden und die definitive Antwort festsetzen. Falls die Pforte, wie als wahrscheinlich gilt, ablehnend antwortet, werden die Delegirten und Botschafter Konstantinopel sofort verlassen.

Rom, 16. Januar. Der „Italia“ zufolge hat der Papst den Kardinalkongregationen 10 ihm von den Bischöfen Deutschlands eingesandte Fragen bezüglich des Verhaltens des Klerus gegenüber der deutschen Regierung vorgelegt. Ferner hätte der Papst an die Kardinäle eine Anzahl anderer Fragen gerichtet, welche sich auf die Auslegung einiger früher von dem päpstlichen Stuhle ertheilter Instruktionen beziehen. Die Entschlüsse der Kardinäle würden wahrscheinlich demnächst veröffentlicht werden.

Kopenhagen, 16. Jan. Die Einfuhr von Kindern, Schafen und Ziegen aus Deutschland ist wegen der dort ausgebrochenen Kinderpest verboten.

Brüssel, 16. Jan. Minister Malon hat heute der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Verhütung von Mißbräuchen bei den Wahlen, vorgelegt.

London, 16. Januar. Aus Capetown eingegangene Meldungen vom 27. v. M. bringen beunruhigende Nachrichten aus dem Suluslande. Die Missionen haben das Land verlassen und der Häuptling Gethway, der früher einer Okkupation des streitigen Gebietes durch englische Truppen zugeneigt war, weigert sich jetzt, auf eine Vereinbarung einzugehen. Es heißt, derselbe habe einen Brief des englischen Bevollmächtigten Sherstone uneröffnet zurückgeschickt und an der Grenze des streitigen Gebietes seine 8000 Krieger in einem großen Kraal zusammengezogen.

Plymouth, 16. Jan. Der hampburger Postdampfer „Suevia“ ist hier eingetroffen.

Washington, 16. Jan. Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution angenommen, in welcher alle Versuche, die öffentliche Meinung bezüglich der Frage der Präsidentenwahl, bevor dieselbe ihre verfassungsmäßige Erlebigung gefunden hat, zu beeinflussen, für gefährlich und unpatriotisch erklärt werden.

New-Orleans, 16. Jan. Der Gouverneur Packard hat den Kommandeur der hiesigen Bundestruppen um Unterstützung bei der Wiedereinsetzung des höchsten Gerichtshofs ersucht.

Angekommene Fremde.

17. Januar.

Mylus' Hotel de Dresde. Die Kaufleute Friedländer, Marcuse, Ritter, Bogelsang, Gesche, Aulman, Wolf aus Berlin, Kühl aus Magdeburg, Bräund aus Neustadt, Stein und Cohn aus Stettin, Schneider aus Görlitz, Frank aus Krefeld, Schneider aus Hamburg, Wollenberg a. Bromberg, Baumeister Redlich a. Schmiedebusch, Rittergutsbes. Frau Neumann und Gesellschaft aus Welnowe, Professor Daehne und Frau aus Halle a. S., Direktor Zimmermann aus Chemnitz, Monteur Schas aus Warschau, Fabrikant Wolf aus Krefeld, Fr. Menzel aus Breslau.

Hotel de Rome. Die Kaufleute Auerbach aus Berlin, Riesfeld aus Frankfurt a. D., Badewitz aus Rattowitz, Schüler aus Thorn, Marante aus Breslau, Vincowar aus Berlin, Schrader aus Leipzig, Oberst a. D. und Rittergutsbesitzer v. Schöneck und Frau aus Bommern, Regierungsrath Heidemann aus Königsberg, Rittergutsbesitzer v. Swinarski und Frau aus Radolino, die Ingenieure Matschke aus Berlin, Jals aus Schroda.

Keiler's Hotel. Die Kaufleute Bab aus Wofen, Cohn und Frau, Spielberg aus Berlin, Zereze aus Rogasen, Dogmar aus Rastowitz, Gutmann aus Landsberg a. W., Frau Baum aus Bst., Rosenbergs aus Landsberg a. W., Frigeborn aus Pilehne, Dr. phil. Biram aus Breslau, Besitzer M. Startowski aus Kalan, Fabrikant Weigt aus Plauen i. S.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 16. Januar. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204.16. Pariser Wechsel 81.30. Wiener Wechsel 161.20. Böhmische Westbahn 133 1/2. Elisabethbahn 111 1/2. Galizier 166 1/2. Franzosen* 197 1/2. Lombarden* 62 1/2. Nordwestbahn 95 1/2. Silberrente 54 1/2. Papierrente 49 1/2. Russische Bodenrente 79 1/2. Russen 1872 83. Amerikaner 1885 101 1/2. 1880er Loose 97 1/2. 1864er Loose 242.00. Kreditaktien* 114 1/2. Deferr. Nationalbank 654.00. Darmst. Bank 99 1/2. Berliner Bankver. 88. Frankf. Wechselbank —. Deferr.-deutsche Bank —. Meiningen Bank 68 1/2. Hess. Ludwigsbahn 96. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 133.70. Ung. Schatzanw. alt 81 1/2. do. do. neue 78 1/2. do. Oth.-Obl. II. 55 1/2. Centr.-Pacific 98 1/2. Reichsbank 153 1/2. Goldrente 60 1/2. Nach Schluß der Börse: Lebbast. Kreditaktien 117, Franzosen 199 1/2, Galizier 168 1/2, Goldrente 61 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.
Abreis Effekten = S. z. i. d. t. Kreditaktien 115 1/2, Franzosen 197 1/2, 1860er Loose 98 1/2, Silberrente 55 1/2, Papierrente 50, Goldrente 60 1/2, Galizier 167 1/2. Schwächer.

Wien, 16. Januar. Spekulationswerthe matt, ebenso Renten, Bahnen gefragt, Gold fest.

[Schlußcourse.] Papierrente 61.60. Silberrente 67.90. 1854er Loose 107.50. Nationalbank 821.00. Nordbahn 1810. Kreditaktien 141.20. Franzosen 245.50. Galizier 206.00. Raich.-Dorberg 85.25. Bardubiger —. Nordwestb. 118.75. Nordwestb. Lit. B. —. London 126.10. Hamburg 61.25. Paris 59.00. Frankfurt 61.25. Amsterdam 104.25. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 162.00. 1860er Loose 112.50. Lomb. Eisenb. 76.50. 1864er Loose 134.50. Unionbank 53.75. Anglo-Austr. 75.00. Napoleons 10.05. Dukaten 5.98. Silbercoup. 115.70. Elisabethbahn 139.00. Ung. Prämienanl. 73.50. Marknoten 61.85. Türksche Loose 17.80. Goldrente 75.65.

Wien, 16. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 142.70, Franzosen 247.00, Lombarden 76.25, Galizier 206.75, Anglo-Austr. 76.50, Silberrente —, Papierrente 61.85, Goldrente 75.55, Marknoten 61.67 1/2, Napoleons 10.00. Fest.

London, 16. Januar. Günstig auf das bisher unbestätigte Gerücht, daß der Sultan geneigt sei, die modifizirten Vorschläge der Mächte anzunehmen. Konsols 95 1/2. Italien. Spro. Rente 70 1/2. Lombarden 6 1/2. 3 procent. Lombarden-Prioritäten alte 8 1/2. 3 procent. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. Spro. Russen de 1871 82.00. do. 1872 81 1/2. do. 1873 80 1/2. Silber 57 1/2. Tür. Anleihe de 1865 11 1/2. Spro. Türken de 1869 —. Spro. Vereingl. St. pr. 1885 —. do. Spro. fund. 107 1/2. Deferr. Silberrente —. Deferr. Papierrente —. 6 procent. ungar. Schatzbons 81. 6 procent. ung. Schatzbons II. Emis. 80. 6 procent. Bernaner 18 1/2. Spanier 12 1/2. Aus der Bank floßen heute 256,000 Pfd. Sterling.

Paris, 16. Januar. Anfangs fest, Schluß matter. Zahlreiche Verkäufe. Liquidation leicht, da in der ersten Hälfte des Monats nur geringer Umsatz stattgefunden hat. Report für Franzosen 0.40, Lombarden 0.25, Italiener 0.02.

[Schlußcourse.] 3 p. St. Rente 71.22 1/2, Anleihe de 1872 106.22 1/2, Italienische Spro. Rente 70.35, do. Tabakaktien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 488.75, Lombard. Eisenbahn-Akt. 153.75, do. Prioritäten 226.00, Türken de 1865 11.62 1/2, do. de 1869 62.00, Türkenloose —, Credit mobilier 143, Spanien extor. 12 1/2, do. intér. 10 1/2, Suranah = Aktien 657, Banque ottomane 376, Societe generale 515, Credit foncier —, Egypter 251. Wechsel auf London 25.14.

Paris, 15. Januar. Abends. Boulevard-Verkehr. 3 p. Rente 71.25, Anleihe de 1872 106.25, Türken de 1865 —, Egypter 251.75 fest, Banque ottomane 375.75, Italiener 70.45.

Produkten-Course.

Danzig, 16. Januar. Getreide-Börse. Wetter: Schwacher Frost bei trüber Luft — Wind: Süd.

Weizen loco fand am heutigen Markte ziemlich gute Kauflust und sind für die bei mäßiger Zufuhr verkauften 320 Tonnen ziemlich unveränderte Preise gezahlt worden, doch nur für die bevorzugten feinen und weißen Sortungen, während Mittelwaare eher matter gewesen ist. Bezahlt wurde für Sommer 131 Pfd. 131 1/2 Pfd. 213 133, 135 Pfd. 214 M., roth 12 1/2 Pfd. 212 M., russischer 120 Pfd. 195 M., blaupig 128, 129 Pfd. 197, 200 M., bezogen aber hell 130 Pfd. 215 M., bunt 127, 130 Pfd. 213, 215, 216 M., alafis 128, 130 1/2 Pfd. 218 M., hochbunt und alafis 131 Pfd. 220 M., 133 Pfd. 224 M., hellbunt 127, 128 1/2 Pfd. 220, 222, 223 M., weiß 130 Pfd. 225 M. per Tonne Termine fest gehalten, April-Mai 222 M. Br., 220 Gd. Mai-Juni 224 M. Br., Juni-Juli 222 M. Gd. Regulirungspreis 214 M. (In dem gestrigen Bericht für weißen Weizen steht 139 Pfd. es sollte 129 Pfd. heißen.)

Roggen loco ziemlich unverändert, inländischer 126 Pfd. mit 170 M., russischer 119, 120 Pfd. 154 M., 120 Pfd. 155 M. per Tonne bei. Termine unverändert, russischer Febr. = März und März-April 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 163 M. Br., Mai-Juni 166 M. Br., Regulirungspreis 162 M. — Gerste loco große 116 Pf. 153 M., kleine 109, 112 Pfd. 142, 145 M. per Tonne bezahlt. — Spiritus loco nicht gehandelt.

Höln, 16. Januar. Getreidemarkt. Weizen biesiger loco 24.50, fremder loco 23.75, pr. März 22.75, pr. Mai 23.25. Roggen, biesiger loco 19.25, pr. März 16.70, pr. Mai 16.90. Hafer loco 18.00, pr. März 16.95, pr. Mai 17.35. Rübsl, loco 41.00, pr. Mai 38.60, pr. Oktober 36.50.

Bremen, 15. Januar. Petroleum rubia. (Schlußbericht.) Standard white loco 21.25 bez., pr. Januar 21.25 bez., pr. Februar 21.00 bez., pr. März 20.00.

Hamburg, 16. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, auf Termine fest. Roggen loco rubig, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 227 Br., 226 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Rilo 229 Br., 228 Gd. Roggen pr. April-Mai 166 Br., 165 Gd. pr. Mai-Juni pr. 1000 Rilo 167 Br., 166 Gd. Hafer still, Gerste matt. Rübsl matt, loco 78 pr. Mai pr. 200 Pfd 77, Spiritus matt, pr. Januar-Februar 44, pr. Februar-März 44, April-Mai 44 1/2, pr. Mai-Juni pr. 100 Pter 100 Pst 44 1/2. Kaffee fest, aber rubig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 21.50 Br., 20.75 Gd., pr. Januar 20.75 Gd., Febr. März 19.25 Br. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 16. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen per März 310, pr. Mai 310. Roggen per März 200, pr. Mai 203. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 16. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht) Weizen fest. Roggen unverändert. Hafer rubig. Gerste behauptet.

Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 51 1/2 bez. u. Br., pr. Januar 51 bez. u. Br., pr. Februar 50 1/2 bez., 21 Br., pr. März 48 Br., pr. April 48 Br. Rubig.

Paris, 16. Jan. Produktenmarkt (Schlußbericht). Weizen beh. pr. Januar 29.50, pr. Febr. 29 1/2, pr. März-April 30.25, pr. März-Juni 31.25. Mehl beh. pr. Januar 64.50, pr. Februar 64.75, pr. März-April 65.75, pr. März-Juni 66.50. Rübsl fest, pr. Januar 97.00, pr. März-April 98.50, pr. Mai-August 99.50, pr. September-Dezember 96.75. Spiritus fest, pr. Januar 67.50, pr. Mai-August 70.00. — Wetter: Schön.

Paris, 16. Januar. Rohzucker weichend, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 74.00, Nr. 7/9 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 79.50. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Jan. 84.25, pr. Februar 84.50, pr. Januar-April 84.75, pr. März-Juni —.

Bradford, 16. Januar. Wolle und Wollenwaaren sehr rubig.

